

Bezugspreis:

Bestellfrist 30. — 1. Monat 10. — 3. Monate 28. — 6. Monate 52. — 1. Jahr 100. —

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal: Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die schlagzeilige Anzeigenpreisliste folgt. — 1. Zeilenanzahl 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1. — 2. (zuletzt zwei Zeilen) 60%. (jedes weitere Wort 60 Hg. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Hg. jedes weitere Wort 40 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leuzerungsanschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1. — 2. politische und wirtschaftliche Vereine-Anzeigen 2. — 3. die Stelle ohne Anschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 1. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 11753-54.

Stillstand der russischen Offensive.

Kopenhagen, 1. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Generalkab: Längs der Eisenbahnlinie von Warschau in der Richtung nach Südwesten werden die Angriffe der Bolschewisten schwächer infolge der erlittenen großen Verluste und ihres Mangels an Proviant und Kriegsmaterial. Ein neuer Versuch der Bolschewisten, die Berezina zwischen Barislaw und Bobrusk zu überschreiten, ist gescheitert. Zwei Infanteriedivisionen und eine Kavalleriedivision, denen es gelungen war, das Westufer des Flusses zu erreichen, wurde bei Jasodze umringt und vernichtet. Wir machten über 2000 Gefangene. Der Rest der bolschewistischen Truppen flüchtete in wilder Panik über die Berezina zurück. Beim Durchqueren haben wir mit dem ukrainischen Heer alle Angriffe abgelehnt und einen kräftigen Gegenangriff eingeleitet, bei dem wir die Städte Sabirzkyj und Obsadowka einnahmen.

Rotterdam, 1. Juni. Dem „Nieuwe Courant“ zufolge sind in London Meldungen eingetroffen, wonach zwei rote russische Regimenter im armenischen Distrikt von Erivan eingezogen sind. — In türkischen Kreisen läuft das Gerücht, daß die Nationalisten 35000 erreicht haben.

Amsterdam, 1. Juni. Englischen Blättern zufolge hat die persische Regierung auf ihre Protestnote eine Antwort von der Sowjetregierung erhalten, in der versprochen wird, daß die bolschewistischen Truppen möglicherweise bald aus Persien zurückgezogen werden sollen.

Reorganisation des britischen Kolonialamtes.

London, 1. Juni. (Holländisch Nieuwsbureau.) Das britische Kolonialamt soll auf einer völlig neuen Basis aufgebaut werden. Die Ursache dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß die Dominien nicht mehr als Kolonien, sondern als gleichberechtigte Staaten betrachtet werden und das Kolonialamt in seiner alten Fassung nur noch für die eigentlichen Kolonien in Frage kommen kann. Das Kolonialamt soll für die Dominien zu einem hohen Rat umgewandelt werden, in dem sie als gleichberechtigte Staaten vertreten sind.

Wie war es mit Hergt?

Erklärung des Genossen Heilmann.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlichte am Sonnabend eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei über das Gespräch, das ich am 18. März mit Herrn Minister a. D. Hergt gehabt habe. An dieser Darstellung ist nicht ein Wort wahr, alles von der ersten bis zur letzten Silbe Lüge.

Die Veröffentlichung des Gesprächs im „Vorwärts“ ging nicht von mir aus. Was der „Vorwärts“ veröffentlicht hat, ist nur meine Niederschrift vom 14. März, die ich auf Wunsch des Herrn Abg. Treimborn angefertigt habe. Diese Niederschrift ist nicht „für Parteizwecke nachträglich zurechtgemacht“, sondern unter dem freien Eindruck der Unterredung als Material für die Haltung der Mehrheitsparteien festgelegt worden. Für die Richtigkeit dieser Niederschrift bürgte ich Sach für Sach.

Die Darstellung der Deutschen Tageszeitung“ fälschte alle Zeiten und Daten. Die Unterredung hat gar nicht Sonnabend vormittag, sondern nachmittags von 4 Uhr bis 4 Uhr 40 Min. stattgefunden. Damit entfallen die dummen Bemerkungen über meine Aufregtheit von selbst. Ebenso un wahr ist, daß Herr Hergt mich unmittelbar vor seiner Rede gefragt hätte, wer für die Sozialdemokratie spreche und ob er das Gespräch vom 18. März berühren werde. Wahr ist vielmehr, daß Herr Hergt mich drei Tage vor seiner Rede im Restaurant des Abgeordnetenhauses beiseite bat und mich sagte: „Sie haben leider am 18. März richtig prophezeit. Aber Sie werden doch unser Gespräch wohl als ein vertrauliches ansehen und keinen Gebrauch davon machen. Seine Veröffentlichung könnte ja auch Ihnen schaden.“ Das bestritt ich, versprach aber, meinerseits, nichts zur Veröffentlichung zu tun. Nur seien die Mehrheitsparteien voll unterrichtet. Dann fragte mich Hergt, ob ich in der bevorstehenden Debatte über den Rapp-Putsch sprechen würde. Ich erwiderte, daß ich als einer derer, die an diesen Wahnsinn nicht geglaubt hätten, das unter keinen Umständen tun würde; ich wollte eben in die Fraktionsitzung gehen, wo der Redner bestimmt würde. Ich würde ihr von dem Gespräch keine Mitteilung machen. — Demensprechend bin ich verzögert.

Niemals habe ich in der Unterredung vom 18. März vorgelesen. Vertreter der Mehrheitsparteien in die Regierung aufgenommen. Von einem solchen Projekt hörte ich zum erstenmal am 17. März, als die Herren Dr. Leibig und Dr. Stresemann durch Fernsprecher bei mir anfragten, ob ich ihre Aufnahme in die Regierung vorsehen würde. Niemals hat Herr Hergt mir vorgelesen, wie sollten wir Rapp und Lüdtwig über deren Rück-

Krassin und Lloyd George verhandeln.

London, 31. Mai. Krassin hat heute die erste Unterredung mit Lloyd George gehabt und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit ihm besprochen. Lord Curzon, Bonar Law und mehrere andere englische Sachverständige waren auch anwesend. Bei der Zusammenkunft wurde lebhaft die Frage behandelt, welches die Bedürfnisse Russlands sind und was zu exportieren es imstande ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit einer Fortsetzung der Propaganda unvereinbar sei.

Amsterdam, 31. Mai. Laut „Daily Mail“ hat Lenin den englischen Arbeitervertretern zugegeben, daß die gesellschaftliche Umwälzung in England ihren eigenen Weg nehmen müsse und daß die Forderung einer Anwendung der russischen Taktik verfehlt sei.

Italiens Ersatzansprüche.

Rom, 1. Juni. Die italienische Regierung will vor der Zusammenkunft in Spa ein neues Uebereinkommen mit den Alliierten über die Verteilung der deutschen Schadenersatzsumme herbeiführen, und zwar will Italien von den Alliierten die Zustimmung dafür erlangen, daß es mehr als ein Fünftel der Beiträge, die Deutschland als Schadenersatzsumme zahlt, erhält. Dieser Anteil war ursprünglich festgesetzt, weil Italien der größte Teil der von Oesterreich und Ungarn zu zahlenden Entschädigungssumme zufallen sollte. Italien verlangt jetzt, daß sein Anteil an der deutschen Entschädigungssumme erhöht wird, bis Oesterreich und Ungarn die Entschädigungssumme zahlen können.

Neue Ausschreitungen der Franzosen.

Bruxelles, 31. Mai. Die „Oberschlesische Landeszeitung“ meldet, wurden bei der Absperrung am Sonnabend harmlose Passanten von französischer Kavallerie mit dem Säbel geschlagen, polnisch Sprechende aber unbehelligt gelassen. Sonntag nacht wurden Passanten, die die Posten höflich um Durchlaß baten, geschlagen, gehöhrt oder mit dem Kolben niedergeschlagen. Dies hat sich heute nacht wiederholt. Die Erzeugung der Verdäglichkeit ist immer noch groß.

tritt verhandeln. Bismarck war Herr Hergt fest überzeugt, daß Rapp und Lüdtwig bis zu den Neuwahlen die Macht behalten würden, und verhandelt sollte erst nach dem von ihm sicher erwarteten Nihilgehen des Generalfreilich werden. In diesem Zusammenhang — von der Einstellung der Lebensmittellieferung, nicht vom Fortfall von Lebensmitteln zu sagen sprach Herr Hergt — erklärte mir der deutschnationalen Vorsitzende:

„Ich habe nie begriffen, warum die frühere Regierung gegen streikende Arbeiter ihre Machtmittel nie ernsthaft angewendet hat. An dieser Schwäche ist sie jetzt zugrunde gegangen — von Nichts wegen.“

Bei der Besprechung der Gefahr eines Eingreifens der Entente sagte Herr Hergt, wie der „Vorwärts“ berichtet hat: „Wie sind wir den fremden Militärmissionen einig.“ Dieses „Wir“ erläuterte er dann allerdings, er meine nicht sich und die D. N. V., sondern Rapp und Lüdtwig. Ich erwiderte, das sei unmöglich, das sei nur eine Fülle von Hoch, der einmarschieren und Deutschland zerreißen wolle. Uebrigens könne der Putz für Süddeutschland und Westdeutschland ja keinesfalls glücken, Deutschlands Einheit geht also bestimmt in Trümmer. Darauf sagte Herr Hergt:

„Dann gewinnen wir vielleicht Polen und Westpreußen wieder. Und ein kräftiger Oststaat ist für die fernere deutsche Zukunft vielleicht wertvoller als dieses Deutschland, das ja doch zugrunde geht.“

Beim Beginn des Gesprächs hatte ich allerdings gesagt, die Führer der Deutschnationalen Volkspartei hätten öffentlich und privatim stets erklärt, nichts von einem Putz wissen zu wollen; das wogende läme ich zu Hergt in der Hoffnung, daß er alle Kraft aufbieten werde, das namenlose Unglück abzuwehren, das der Rapp-Putsch über Deutschland bringen müsse. Herr Hergt wiederholte hochtrabend, daß er und seine Freunde dem Putz fernstünden, haßte aber auf sein Gelingen und lebte jedes Tätigwerden gegen den Putz rundweg ab. Die Deutschnationalen Volkspartei hatte gegen Putz nur Worte gesagt, auf die Probe gestellt, versagte sie nämlich. Diese Tatsache geht selbst aus der verlegenen-verlogenen Erklärung in der „Deutschen Tageszeitung“ deutlich hervor.

Kassel, 31. Mai. Ernst Heilmann.

Das Putschverbrechen der Rechten festgestellt

Interessante Mitteilung des Oberreichsanwalts. Magdeburg, 1. Juni. (Z.N.) Gelegentlich eines von der Deutschen Demokratischen Partei veranstalteten Konzerts in Magdeburg hielt der Oberreichsanwalt Baumgarten aus Leipzig, einer der Referenten des Reichsgerichts, denen die Strafverfolgung der am Rapp-Putsch Beteiligten obliegt, eine politische Rede. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Beteiligung der Rechtsparteien an dem Putsch aus den Belegen grundsätzlich festgestellt ist.

Die Sozialdemokratie in Polen.

Nach dem Parteitag der P. P. S.

A. N., Warschau, 27. Mai 1920.

Der Stand der sozialistischen Bewegung in Polen wird durch den Umstand bedingt, daß dieses Land erst an der Schwelle seiner, allerdings viel verheißenden, industriellen Entwicklung steht. Bedeutendere Industriezentren bilden nur Warschau, Lodz und Gzenstochau. In diesen wenigen Zentren unterliegen die Industriearbeiter, die Kerntruppen des Sozialismus, erheblichen Spaltungen. Die unmittelbare Nachbarschaft des Bolschewismus hat naturgemäß nicht unbedeutende Bruchteile der Arbeiterchaft der Sozialdemokratie abgespalten gemacht und kommunistischen Verbänden zugeführt. Die meisten jüdischen Arbeiter, welche hier numerisch sehr im Gewicht fallen, besitzen ihre eigenen Organisationen, wie die „Bund“ und „Boale-Zion“.

Diese Umstände bringen es mit sich, daß das Werbegebiet der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) vorläufig ein ziemlich begrenztes ist. Die von der Partei erzielten organisatorischen Resultate müssen angesichts dessen immerhin als bemerkenswert bezeichnet werden. Wie aus dem Bericht des Zentral-Exekutivkomitees hervorgeht, hat die P. P. S. bei den Wahlen zum Sejm rund 500 000 Stimmen erzielt und 35 Abgeordnete in die Volksvertretung entsandt. In 57 Städten hat sie Vertreter im Gemeinderat. Seit dem Entschließen eines unabhängigen Polen hat die P. P. S. eine außerordentlich rührige Tätigkeit entfaltet, um die Gruppen der früheren Teilgebiete zu zentralisieren und neue ins Leben zu rufen. Sie hat nunmehr ihre Exposituren auch in der Schweiz, Frankreich, Dänemark, Amerika, Litauen und Weißrußland.

Eine Fraktion von 35 Abgeordneten kann innerhalb einer 400 Mitglieder zählenden Körperschaft, wie der Sejm, keine ausschlaggebende Rolle spielen. Dennoch ist der politische Einfluß der P. P. S. unbestreitbar ein sehr erheblicher. Sie verdankt dies dem Umstand, daß sie über eine Reihe von erfahrenen Parlamentariern verfügt, wie Moraczewski, Daskzynski, Diamant. Leitende Staatsmänner, wie der „polnische Garibaldi“ Pilsudski, sind aus ihr hervorgegangen. Mit großem Geschick weiß die P. P. S. die bäuerlichen Volksparteien, welche im Sejm die Majorität bilden, zu behandeln.

Der 17. Kongreß der P. P. S., welcher vom 21. bis 25. Mai in Warschau tagte, hatte aus vielen Gründen für die sozialdemokratische Bewegung in Polen epochenmachende Bedeutung. Es war der am ständigesten besuchte sozialistische Kongreß auf dem Boden der wiedervereinigten unabhängigen Polen. Dies sowie die Entwicklung des sozialdemokratischen Gedankens während des Weltkrieges veranlaßte die Parteileitung, das Programm der P. P. S. neu zu formulieren.

Das vom Gen. F. Berli redigierte und vom Kongreß einstimmig angenommene Programm enthält neben einer vorzüglichen Zusammenfassung der bekannten Hauptmomente der sozialistischen Doktrin manchen neuen bemerkenswerten Gedanken. Der Weltkrieg — heißt es darin — hat das Gerannan der sozialistischen Organisation außerordentlich beschleunigt, indem er die produktive Rolle des Kapitalismus untergraben und die wirtschaftliche Betätigung des Staates sehr ausgedehnt hat. Auf dem Hintergrunde des daniederliegenden Wirtschaftslebens treten die Riesenvermögen der Spekulanten und Schieber in ihrem Parasitencharakter um so greller hervor. Andererseits haben die Staaten unter dem Zwange, für die Kriegszwecke alle Kräfte anzustrengen, das ganze Wirtschaftsleben ihrer Kontrolle unterworfen, manchen Zweige in eigene Verwaltung übernommen, ja sogar die Verteilung der Produkte organisiert. Auf diese Weise hat man den Begriff des freien Wettbewerbs sowie der Unantastbarkeit des Privateigentums untergraben und neue Ansätze der Kollektivwirtschaft geschaffen. So wird das Ringen um die sozialistische Organisation zum Kennzeichen der auf den Weltkrieg folgenden historischen Periode.

Sinnfälliger der Wege zum definitiven Sieg des Sozialismus stellt das Programm klare Richtlinien auf. „Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist nicht das Ziel, sondern das Mittel; die darauf gerichtete Aktion muß sich den Zielen der sozialen Befreiung unterordnen. Man kann den Sozialismus nicht mit einem Schlag verwirklichen, noch auch ihn mechanisch, durch Gewalt und Terror aufdrängen. Die sozialistische Organisation kann nicht gegen den Willen der Mehrheit der Gesellschaft eingeführt werden. Sie muß sich daher auf demokratische Prinzipien stützen.“ „Die rücksichtslose, diktatorische Herrschaft einer Minorität ist mit dem Charakter des Sozialismus unvereinbar und kann nicht zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Daher lebt die Partei die so verfaßte eine Diktatur des Proletariats ab.“

Als Kommentar zu dieser Stellungnahme können die Worte des Referenten Niedzialkowski dienen: „Die Idee der Diktatur des Proletariats ist im Laufe der letzten

Jahre durch das Beispiel Russlands widerlegt worden. Sozialismus ist Freiheit, die Diktatur des Proletariats in Russland aber hat zur Parteilichkeit geführt.

Das Programm befürwortet also die allmähliche Sozialisierung unter der Kontrolle der Allgemeinheit. Als das zweite Hauptmittel zur Verwirklichung der sozialistischen Organisation erachtet es das Zusammenwirken mit dem Proletariat aller anderen Länder. Die Solidarität der Nationen als Ziel des Sozialismus wurde auf dem Kongress vielfach stark betont. Der Referent für diese Frage, G. P. S. versichert das europäische Proletariat, daß die P. P. S. keineswegs eine chauvinistische Partei sei, die gleich dem französischen Nationalsozialismus nur die eine Lösung kenne „In Volke für das Volk“, sondern, daß sie auch der Danks huldige „In der Menschheit für die Menschheit.“

Im Programm wird die Bildung eines Völkerbundes verlangt, der auf der Gleichberechtigung aller Nationen sowie auf der Befestigung der Hegemonie der Großmächte beruhen würde.

Eine neue Anregung brachte der Kongress der P. P. S. hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung der Internationalen. Den Ausschluß an die dritte Moskauer Internationale lehnt die einstimmig angenommene Kongressresolution mit der Begründung ab, daß diese Organisation nur eine einseitige Gruppierung kommunistischer Elemente unter der Hegemonie des russischen Bolschewismus sei! Aber auch die zweite Internationale sei nach dem Austritt der französischen und italienischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen eine einseitige Organisation geworden. Trotzdem befürwortet die P. P. S. die Entsendung von Delegierten zu dem bevorstehenden Kongress der zweiten Internationale in Genf, jedoch mit der Warnung, daß gelegentlich dieser Veranstaltung die Gründung einer neuen, alle sozialistischen Parteien, die auf dem Boden der Demokratie stehen, umfassenden Organisation angestrebt werden solle. Die erste Internationale konnte nur eine Internationale der Initiative sein. Die neue kann und soll die Internationale der sozialistischen Tat werden.

Die leidenschaftlichsten Debatten veranlaßte die Frage der Beteiligung der P. P. S. an der gegenwärtigen Regierung in Polen. Die Führer des sozialistischen Klubs im Sejm setzten sich mit Entschiedenheit für die Beteiligung ein, da sie sich von einer solchen den baldigen Abschluß eines gerechten Friedens mit Russland sowie die staatliche Sequestrierung der Lebensmittel und die Durchführung der Agrarreform versprochen. Das war bereits als Minister des Reichens, Diamant als Finanzminister in Aussicht genommen. Der Kongress entschied jedoch im entgegengesetzten Sinne. Die Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Koalitionsregierung würde nach Ansicht der Mehrheit nur die Fiktion einer erbschaftsfreundlichen Staatsleitung schaffen, ohne den Interessen der Arbeiterklasse zu geben, die wahren Absichten und Interessen des Proletariats zu vertreten. Immerhin wurde der Parteileitung anheimgestellt, im Falle einer Aenderung der politischen Lage die Angelegenheit der Partei wieder zu unterbreiten.

In engem Zusammenhange mit der Frage des Eintritts in die Regierung verließ die Erörterung der für Polen heute aktuellsten Angelegenheit: des Krieges oder Friedens mit Russland. In Westeuropa wird der P. P. S. bekanntlich vorgeworfen, daß sie die neue Offensive Willkürlich unterlasse. Aus der Kongressresolution in der Friedensfrage erhellt man das Bestreben, die Stellungnahme der Partei zu klären. Wohl wird betont, daß die P. P. S. stets die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine befürwortet habe. Der Kongress stellt jedoch fest, daß die Verklärung des Krieges mit Russland unmöglich und gefährlich sei und fordert die Regierung zu baldigster Friedensschließung nicht auf der Grundlage neuer Siege, sondern auf der ehrlichen Verständigung sowie der Selbstbestimmung der Völker auf.

## Die Reaktion in der Reichswehr.

Der Zivilreferent im Reichswehrministerium, Genosse Bernhard Rausch, ist, wie schon im geistigen Abendblatt mitgeteilt wurde, von seinem Posten zurückgetreten und hat diesen Schritt in einem Schreiben an den parlamentarischen Staatssekretär Stoll mit der innerhalb der Reichswehr sich immer mehr ausbreitenden Reaktion begründet, wofür er als Sozialdemokrat nicht länger die Verantwortlichkeit tragen könne. In dem Schreiben erklärt Rausch, daß er die Politik Roskes, als durch die Zeitumstände geboten, aus Überzeugung vertreten habe, weil sie in sich geschlossen und konsequent war. Nach seiner Meinung wäre niemand mehr berufen gewesen, nach den bitteren Lehren des Rapp-Bußches in der Reichswehr aufzuräumen und neue Wege zu gehen, als Roske mit seiner umfassenden Kenntnis der Truppen und seiner starken persönlichen Autorität.

Jetzt aber — doch lassen wir Rausch selbst das Wort: Es ist heute schlimmer, als je zuvor. Gewiß gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine ganze Anzahl einsichtsvoller, loyal denkender Offiziere, die hohe Achtung und absolutes Vertrauen verdienen. In der Masse sind sie aber weiche Nerven und bedeutungslos gegenüber der geschlossenen Phalanx einer bewußten staatsfeindlichen Reaktion und eines trassen Offiziersbegriffs, der besonders in der Truppe selbst heute frecher auftritt, als je zuvor. Aus zahlreichen Einzelerfahrungen bin ich zu dem Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und zäh, in bewußter oder unbewußter Solidarität aus der Reichswehr entfernt werden, und daß demgegenüber die Zentrialfstellen zurzeit so gut wie machtlos sind. Den Leuten, die zu mir kommen, muß ich immer wieder sagen, daß ich ihnen wenig helfen kann. Noch jetzt, sechs Wochen nach dem Rapp-Bußch, werden die wegen ihrer verfassungstreuen Haltung schikanierten und geschädigten Unteroffiziere und Mannschaften innerhalb des Ministeriums von einer Stelle zur anderen geschickt, weil der von uns gewünschte Ausschluß zur Bearbeitung ihrer Angelegenheiten bis heute noch nicht eingetreten ist. Immer noch werden diese Fälle in der Regel von den Dienststellen in der Truppe erledigt, gegen die sich die Klagen und Beschwerden richten. Das erzeugt bei den verfassungstreuen zurecht Elementen ein Gefühl der Erbitterung und des Verlassenseins, das für den Geist der Reichswehr von den verhängnisvollsten Folgen sein muß. Sie selbst, Herr Staatssekretär, sind, abgesehen von dem Ihnen zugewiesenen engen Arbeitsgebiet, innerhalb des Ministeriums von einer Ihrer Stellung unwürdigen Einfluß- und Bedeutungslosigkeit. Bei der Umorganisation des Ministeriums hat man Sie nicht beteiligt und Ihre Vorschläge übergegangen. Der sich aus den Verhältnissen natürlich ergebende Plan, dem parlamentarischen Staatssekretär, als einer politischen Stelle, das Aufklärungs-, Presse- und Fürsorgeweisen zu übertragen, ist gänzlich unter den Tisch gekehrt.

So geht es nicht weiter! Die Reichswehr, namentlich ihr Offizierskorps, ist durch die reaktionäre Presse und die deutschnationale Truppenagitation maßlos verhetzt, und bei der traditionellen politischen Unbildung des Durchschnittsunteroffiziers ist jetzt nichts notwendiger, als eine konsequente staatsbürgerliche Aufklärung und Erziehung der Reichswehr. Auf diesem Gebiete geschieht aber so gut wie nichts, oder, was noch schlimmer ist, es wird der in den Händen von Offizieren liegende vom Kriege her vererbte vaterländische Unterricht fortgesetzt. Wenn die Dinge so weiter laufen, dann ist die Reichswehr in kurzer Zeit eine deutschnationale Prätorianergarde. Wir gehen zu Grunde, wenn nicht der Einfluß staatsfeindlicher Reaktion, die sich fest und zäh an ihre ausschließliche Machtpositionen klammert, in der Reichswehr gebrochen wird. Unzufriedenheit und Vertrauen wird als Angst und Schwäche ausgelegt. Die außerordentliche Zeit erfordert außerordentliche Mittel, namentlich auch Sicherungen dagegen, daß die Masse der Unteroffiziere und Mannschaften in einer falschen Anwendung des Disziplinsbegriffes gänzlich schußlos mit ihrer ganzen Erziehung jenen Elementen ausgeliefert bleibt, die der bestehenden Staatsordnung ablehnend oder feindlich gegenüberstehen und die in ihren Händen liegende Macht oft genug zum Nachteil der Republik mißbrauchen.

Unter den jetzigen Verhältnissen, erklärt Genosse Rausch, sei er nicht gesonnen, eine Verantwortung für Dinge mitzutragen, die nicht zu verantworten sind, und den Schein eines sozialdemokratischen Einflusses im Reichswehrministerium aufrecht zu erhalten, der tatsächlich nicht vorhanden ist. Trotz des Bedenkens, daß sein Rücktritt eine weitere Schwächung unserer ohnehin schwachen Position bedeute, glaube er doch, daß ein klares Aussprechen dessen, was ist und eine reinliche Scheidung in der gegenwärtigen Situation der Sache am förderlichsten sei.

## Aufruf der Offiziersvereinigung.

Der Fall Paasche.

„An alle deutschen Offiziere“ erläßt die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik folgenden Aufruf:

„Es häufen sich die Gerüchte, die darauf hinbeuten, daß Vorbereitungen zu neuen Gewaltzügen im Gange sind. Wenn wir auch nicht in der Lage sind, diese Nachrichten auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, so halten wir es doch für unsere Pflicht, an alle deutschen Offiziere die Aufforderung zu richten, sich nicht durch politische Verbredere oder Wirkstoffe zu Unbesonnenheiten hinreißen oder vom Pfad der Gesetzmäßigkeit abdrängen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß eine Diktatur von rechts genau so unmöglich ist, wie die Diktatur des Proletariats. Ein neuer Revolutionsversuch, einerlei von welcher Seite er kommt, ist der Beginn des Bürgerkrieges. Neues, unübersehbares Unheil würde über unser armes Volk und Land hereinbrechen. Es ist Pflicht jedes einzelnen von uns, an der Verhütung dieser Katastrophe mitzuarbeiten und dafür mit zu sorgen, daß sich die Entwicklung unseres staatlichen Lebens nur in gesetzlichen Bahnen vollzieht.“

Die „Offiziersvereinigung“ hat ferner an den Reichswehrminister eine Eingabe im Fall Paasche gemacht, in der sie die empfindende, frivole Leichtfertigkeit brandmarkt, mit der hier ein Menschenleben ausgelöscht wurde. Sie gibt darin ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß der Fall Paasche und seine Behandlung ein weiteres schwere Herabminderung der Achtung vor dem Offizierskorps und des Vertrauens zu ihm zum Schaden der Allgemeinheit herbeiführen wird, wenn nicht unverzüglich dem Volke über das schmachvolle Verkommen ungehindert die Wahrheit gesagt und alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Die Vereinigung hat gebeten, daß eines ihrer Mitglieder an der weiteren Untersuchung teilnehmen kann.

## Hastentlassung Oehmes angeordnet.

Wie wir erfahren, haben sowohl das Reichsministerium des Innern, wie auch das Preussische Ministerium des Innern die sofortige Hastentlassung des unabhängigen Redakteurs Walter Oehme angeordnet.

In der heutigen Sitzung der Pressekonferenz wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der dringend um Aufklärung über die Rechtsgrundlage der Verhaftung Oehmes ersucht und grundsätzlich Protest gegen diese Freiheitsberaubung erhoben wird.

## Noch einmal Gotha.

Kunstreue liegen die endgültigen Ziffern der Landtagswahlen in Gotha vor. Danach erhielten Stimmen: die Deutsche Volkspartei 12 086 (8 Mandate), die Deutschnationale Volkspartei 4217 (1 Mandat), Bauernbund 21 412 (5 Mandate), die Deutschen Demokraten 7875 (1 Mandat), die Sozialdemokraten 3025 (kein Mandat), die Unabhängigen 37 800 (9 Mandate).

Die Mehrheit der Unabhängigen ist also beseitigt. Der bisherige Landtag setzte sich zusammen aus 10 Unabhängigen, 1 Sozialdemokraten, 4 Demokraten und 8 Mitgliedern der Reichsparteien. Nach diesem Endergebnis verlieren die Unabhängigen eins von ihnen Mandaten und damit die Mehrheit. Die alte Sozialdemokratie büßt auch noch das einzige Mandat ein, das sie bisher besaß. Die Reaktion triumphiert, und das ist der einzige Erfolg, den die Herrschaft der Unabhängigen zu verzeichnen hat.

## Die Klassenversöhner.

Von O. Zimmermann.

Das war blühende Klarheit. Damals, in der Stellungnahme der Parteien zum Reichstag der Arbeit, erblickte sich mehr als die Hälfte ein großes Licht in den Abgrund, über den vom Bürger zum Arbeiter keine Brücke führt. Es offenbarte sich — gut, daß das einmal augenscheinlich wurde —, wie beziehungslos die beiden Welten im tiefsten gegeneinanderstehen; offenbar wurde die ganze eitle Lohheit des Geschwätzes von der Klassen- und Schichtenversöhnung, offenbar, wie wenig erst vom Morgen im Heute lebendig ist.

Der Geist Gottes über den Wassern ist hungrig nach Zukunft, nach Gestalten und Taten auf neuerschaffenen Grund, nach den Wetterkeilen, die die uralten Felsen zertrümmern, nach dem Windrauschen, das trockenend über Wüsten und Wildnis geht. Über fetter Bürgergeist schwebt auf den Strömen, die aus dem Westen aufsteigen, Öl lastet auf den Wellen, geschmeibiges, gleitendes, bewahrendes Öl wehrt den Winden — Denken, das in den Schuben der Väter geht, Liebe, die rückwärts schaut, Glätte, die im Formalen endet, fattes Brüten über Best und Erde und die Sorge um das behäbige Ich.

Der Bürger denkt vom Göttern her, er nimmt die Vergangenheit hinter sich, den Vatergeist und Vaterspul. Der Arbeiter lebt mit Sorge und Sehnsucht im Werden, er trägt sein Denken und Planen von vorwärts in den Tag, den er lebt, den er haßt, weil er ihn elend läßt, er ist hungrig wie der wirkende Geist, er wartet nach dem Welt, der noch nicht erfüllt wurde, er hat sein Kräftezentrum vor sich, seiner Kinder Glend und seiner Kinder Hoffnung.

Ueber diesen Abgrund will der Bürger Brücken schlagen. Er kommt von seinen Vätern her, er las und hörte, daß einst ein Pirt und eine Herde war. Der Bürger will Almasen geben und die armen schwachtenden Brüder satt machen mit den Geisteskräften seiner ausgeheuten Felder, er will sie zu sich ziehen und heben in den Schein seiner Formen, er will die Entsetzten jänsigen mit der Salbe seiner Worte, die eigenstänigen Kinder will er ablenken und bedören, daß sie des Teiles vergessen, das ihnen gebührt. Er erbt das Vatergefühl seiner Väter. Er kommt von ihren Gräbern her.

Und er läßt sich seine Sorge Wäbe lösen. Zählt einmal die Worte „Klassenversöhnung“, „Ueberbrückung der Kluft“, „Verschmelzung der Völker im Volke“, die Tausende in Broschüren und Programmen, in Auftrufen und Sagen, in Volkshochschulreden, Vorträgen, in Entschuldigungen und Gesprächen: es ist eine Sünd-

flut von Geschwätz und Salbe. Seine Prediger sind die „Geistigen“ im Dienste des Kapitalismus, sind Geistesverwandte in allen Berufen. Jermal in der Volksbildung, die nun der Gaul sein soll vor dem Karren im Sumpf, gehen die Klassenversöhner um, die ehrlich-unehrlichen Rowlinge. Sie versöhnen nicht, weil sie versöhnen wollen, weil sie sich herablassen, weil sie sich erst eine andere Jacke anziehen, wenn sie unter Arbeiter gehen, weil sie eine geistige Treppe nötig haben, weil sie trotz allem nie und nimmer herauskönnen aus ihrer vernagelten Welt. Gan gewiß, sie haben auch oft eine ehrliche Sehnsucht, aber die ist bewußt, die ist durch Denken gemacht, die läßt sich anlegen und wieder ausziehen und in die Erde stellen, die ist nicht Trieb, nicht feilscher Grund, nicht Quell aus tiefsten Schächten, nicht wurzelhafte Verbundenheit.

Die Klassenversöhner wollen eine Brücke machen vom brüchigen Ufer der Bürgerklasse aus, die Loren. Wie kann wohl ein Nachweel zwei Welten wieder in eine zusammenschließt! Sie wollen aus den Wegbereitern eines neuen Reiches Profeten machen, sie wollen ein Weltmeer in ihre Körbe ziehen, sie haben keine Ahnung, daß ein neues Weltreich unter dem Waien Regt, sie leben nicht im Gewirr ihres Wahren Geswoiges, daß der Baum der Menschheit über ihnen zu neuem Grünen treibt. Denn sie bilden unter sich. Sie sind fett wie die Kühe, die im heißen Mittag der Weide brüten.

Der Geist Gottes aber ist hungrig über den Wassern, der brausende Wind geht über die Bürgerwüsten, und die lugenden Trockenpläthen grüßt der Frühling. Grüßt die Boten und Zeugen des neuen Weltreiches der Arbeit, streut das Wäben und die Hoffnung in den Wind: Alle müssen Hände werden an einem Welt, Arbeiter an deinem Welt.

Das war blühende Klarheit. Arbeiter, bane deine Welt. Die andere ist morsch und totgeweiht. Es wächst dein Berg in die Kluff hinein, von Grund aus muß sie sich schließen, Wüden sind Nach- und Noderweel, von deinem Berge aus müssen die Quacken und Sirne in die sterbende Welt hinderschicken. Ist dann dein Hoffen ganz im Heute lebendig, ist auch die Welt des Bürgers ein Teil von deinem Welt. Denn sind nur Hirns und Hände im Weltreich der Arbeit.

Dürrer Preise von einst und jetzt. Einen köstlichen Schlagenden Beweis für die ungeheure Preissteigerung der Kunstwerke in den letzten Jahrzehnten bringt Prof. Max Lehrs in einer Zusammenstellung der „Kunstmarkt“, in der er die letzten bei der Versteigerung der Sammlung Davidsohn gezählten Preise für Dürrer Kupferstiche mit den Summen vergleicht, die in den letzten vier Jahrzehnten vom Dresden Kupferstichkabinett für dieselben Blätter in mindestens ebenso schönem Zustande gezahlt wurden. Danach kostete „Der Traum“ 1888 118 M., auf deruktion Davidsohn 22 000 M.; „Die heilige Familie mit der Heiligensichel“ 1887 900 M., 1920 33 000 M.; die „Remets“ 700 M., heute 49 000 M.; die „Eifer-

sucht“ 1892 400 M., heute 15 500 M. Für die „Hegen“ wurden 1895 85 M., auf der genannten Versteigerung 16 500 M. gezahlt; für die „Heilige Genovena“ 1899 105 M., heute 11 000 M. 1900 kostete das „Schweidjuch“ 280 M., heute 14 500 M.; die „Marktduern“ kosteten 185 M., heute 5000 M. In einem ähnlichen Verhältnis stehen alle übrigen aufgeführten Preise zueinander. Geht man zeitlich noch weiter zurück, so sind die Gegenstände bedeutend stärker. 1820 wurden für die geistliche Passion, die bei Davidsohn 66 000 M. brachte, 20 Taler 17 Groschen bezahlt; für „Christus am Oelberg“, der jetzt 11 000 M. erzielt, 1 Taler 1 Groschen.

Auf der Bühnenwelt. Der Direktor des Königsberger Stadttheaters Herber tritt infolge eines Mißtrauensvotums seines gesamten Personals zurück. — Der frühere Stuttgarter Intendant v. Putsch hat den Antrag, die Generalintendant der Frankfurter städtischen Bühnen anzunehmen, abgelehnt. In Frankfurt a. M. war im letzten Augenblick gegen seine Verzung eine sehr starke Opposition entstanden. Die „Frankfurter Zeitung“ führte aus, daß Herr v. Putsch zu alt sei und sich in Stuttgart mehr als gefällige Hofintendant denn als schaffender Künstler erwiesen habe. Es wird vorgeschlagen, für Oper und Schauspiel zunächst aus dem bisherigen Personal leitende Kräfte zu entnehmen und ihnen einen tüchtigen Verwaltungsmann an die Seite zu stellen. — Der Wiener Burgtheaterdirektor Heine wird als Leiter zurücktreten, aber als Regisseur weiterwirken.

Der Druckfehler. Die folgende kaisliche Kerykambote wird in der „Westdeutschen Keryk-Zeitung“ von dem berühmten Berliner Arzt Dr. Marcus Herz, dem Götten der in Romantikerkreisen gefeierten Henriette Herz, erzählt. Er behandelte einst einen Patienten, der die Ungevoheit hatte, seine Krankheiten in medizinischen Büchern nachzulesen und sich selbst heilen zu wollen. Zu ihm sagte Herz in ernstem Ton: „Rechnen Sie sich in acht, Sie sterben noch einmal an einem Druckfehler!“

Peter Behrens in Königsberg? Das preussische Kultusministerium demüht sich, Peter Behrens für die Leitung der Königsberger Kunstakademie zu gewinnen. Ob der Künstler dem ehrenvollen Antrag Folge leisten wird, ist aber noch fraglich.

Das Kimmertlärchen, ein Schwan! aus der Kinowelt mit Ruff von Frey Fischer, errotet jetzt — nachdem er zuvor im Residenztheater erprobt war — im Theater Folies Caprice die ausübendste, sommerliche Delizität. Erich Sandt und Erna Alberty sind im lustigen Reigen die Führenden.

Carl Kraus hat Mittwoch, 8 Uhr, im Harmoniumsaal (Steglicher Str. 25), noch einmal vor: eigene Schriften und „Hanneles Himmelfahrt“.

Der Architekturreferent im Reichswirtschaftsrat. Der Bund Deutscher Architekten hat den Architekten Rüdiger in Hannover zu seinem Vertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat berufen.

Der Berliner Kontinenterverein veranstaltet im Winter mehrere Konzerte mit zeitgenössischen Werken. Die deutschen Tonsetzer werden zur Einreichung neuer Werke eingeladen, die bis zum 1. August dem Vorstand (W. Gieseler, 17) einzureichen sind. Eine Jury wird die Kompositionen prüfen und auswählen.

# Der Wahlkampf im Reich.

## Die Aussichten im Ruhrgebiet.

Aus Duisburg wird uns geschrieben:

Auch im Ruhrgebiet hat der Wahlkampf während der letzten Woche mit voller Wucht eingesetzt. Immer deutlicher zeigt es sich, daß unsere Partei selbst hier, in diesem Brennpunkt der kommunistischen Agitation, dem 8. Juni mit der Zuversicht entgegensehen kann, die das Gefühl der inneren Stärke verleiht. Trotz des Zusammenstießens der bekannten Umstände, die gerade im Ruhrgebiet einer Radikalisierung der Masse den Boden zu bereiten saienen, stehen breite Schichten der Arbeiterschaft in unbürdbarer Treue zur Fahne der Sozialdemokratie. Dies zeigte sich mit aller nur möglichen Deutlichkeit bei allen Versammlungen, die Genosse Otto Braun, der preussische Ministerpräsident, während der letzten Tage im Wahlkreise abgehalten hat. In Duisburg, Hamm, Oberhausen, Sterkrade, Dinslaken, Hochheide, Rolet und zuletzt noch in Köln gab es Riesensammlungen mit Tausenden von Wählern, Parallelversammlungen mußten veranstaltet werden. In Hochheide waren es an die 2000 Parteigenossen, die dem Keferat Brauns beimohnten, während wenige Tage vorher im gleichen Saale eine Versammlung der Unabhängigen mit 27 Teilnehmern stattgefunden hatte. Überall herrschte die denkbar beste Stimmung; die Versammlungen verliefen ohne jede Störung, und nur die Kommunisten versuchten in der Debatte mit ihren Deklamationen Eindruck zu machen, was ihnen aber gegenüber dem überzeugenden Tatsachenmaterial, auf das sich Genosse Braun stützen konnte, nicht gelingen wollte.

**Widerwärtige Beweiskundung.** Von der „Deutschnationalen Studentengruppe“ der „Technischen Hochschule“ in Berlin wird zurzeit ein Flugblatt verbreitet, das etwa den Höhepunkt des widerwärtigen Eigenlobes enthält, der überhaupt erreicht werden kann. Zunächst werden alle die „Ruhmesblätter“ aufgezählt, die in der Geschichte der akademischen Jugend enthalten sind. Dann wird in läugerhafter und entstellender Weise darauf hingewiesen, was die 1 1/2 Jahre Revolution für die Akademiker gebracht haben. In diesen tendenziösen Entstellungen wird derart an die niedrigen Instinkte appelliert, daß dieses Flugblatt als neues Ruhmesblatt vornan in der Geschichte der akademischen Jugend zu stehen berechtigt ist! Wenn sich die jungen Herren über die Richtung ihrer geistigen Arbeit befragen, so müssen sie schon andere geistige Leistungen produzieren als die in dem deutschnationalen Flugblatt enthaltenen.

**Ein realitätsloser Telegraphendirektor.** Zu den Beamten in verantwortlicher Stellung, welche noch heute auf die Republik und ihre Verfassungen setzen, gehört auch der Telegraphendirektor Dr. Ring vom Fernsprechemt 8 in der Körnerstraße. Er hielt es noch immer nicht für nötig, die in amtlichen Räumen befindlichen Kaiserbilder, z. B. im Erziehungsaum der Beamten, entfernen zu lassen. Der gleiche Herr hatte nichts eiligeres zu tun, als während der Kapptage die Lüttwigschen Zuchthaus- und Erziehungspaparaphen auszuhängen, diese mit einem persönlichen Julo geschmückt, daß Streifende sofort entlassen würden. Wo bleibt der Untersuchungsausschuß?

**Geschäftsträger v. Derff,** der kaum erst nach Rom gefommene Vertreter Deutschlands, ist dort gestorben.

**Verächtigung.** In der Wiener Drahtmeldung über den Reichsarbeiterkongress im „Vorwärts“ vom Dienstagmorgen ist ein „nicht“ ausgelassen. Es muß in Friedrich Adlers Rede natürlich heißen, daß die vorjährige Reichskonferenz recht getan habe, als sie den Kommunisten nicht folgte.

# Groß-Berlin

## Das Geheimnis der Spandauer Zitadelle.

Aufklärung des rumänischen Geldbetrugs. — Die garnisonstüchtigen Wächter mit den Millionenkisten. — Wie man Millionen ausgibt.

Der auffsehenerregende Diebstahl von 80 Millionen rumänischen Lei aus der Spandauer Zitadelle hat jetzt seine überraschende Aufklärung gefunden. Es handelte sich um Geldscheine, die in Deutschland hergestellt und zunächst für die Armee Madens in Rumänien bestimmt waren. Nach dem Zusammenbruch fiel der ursprüngliche Verwendungszweck weg, und das Geld sollte gelegentlich der rumänischen Regierung übermittlel werden. Die Scheine lagerten in Holzkräben, die je 5 Millionen enthielten, wie man glaubte, in völliger Sicherheit und unter guter Bewachung. Um so mehr war man überrascht, als eines Tages eine Revision ergab, daß alles verschwunden war. Jetzt hat die Kriminalpolizei das Rätsel gelöst. Die Diebe waren die Wächter selbst, Leute, die damals zum Seeresdienst eingezogen waren und als garnisonverwendungsfähig in Spandau standen und dort auch Postendienst auf der Zitadelle versehen. Vier Mann wurden verhaftet und sind auch gefändigt.

Der Haupttäter, in dessen Kopf wohl der ganze Plan entstanden ist, ist ein 46 Jahre alter former Paul Kühn, der damals in der Wasserstraße in Neukölln wohnte. Kühn lenkte die Aufmerksamkeil dadurch auf sich, daß er nach dem Millionenbetrug etwas unermittelt ein wohlhabender Mann geworden war. Er kaufte sich in Raffensheide eine kleine Villa mit Garten und dazu noch ein Nebengrundstück von seinem Nachbar. Es ergab sich, daß er der Spiritusvektor des ganzen Unternehmens war und die anderen als Helfershelfer dazu heranzog. Diese sind ein Zigarrenhändler Leo Wenta, ein Dreher Paul Eisner und ein Heinrich Peschges, der seinerzeit in der Verklünger Straße 10 wohnte. Alle drei gehörten mit Kühn zur Wache der Zitadelle und des Juliusturms. Wenta eröffnete bald nach seiner Entlassung aus dem Seeresdienste in der Köpenicker Straße 101 und 102 und in Oranienburg bei Berlin Zigarrengeschäfte. Er fühlte sich jedoch auf die Dauer in Berlin und Deutschland überhaupt wohl nicht sicher genug und stand im Begriff, mit seiner Familie nach Holland auszuwandern. Eisner besetzte, nachdem der bereits bald nach den ersten Revolutionstagen verübte Millionenbetrug entdeckt worden war, seinen Wohnsitz nach Berlin nach Werder a. d. H., wo er sich eine Obstplantage erwarb. Zum Schein lebte er von dieser. Peschges unternahm gar nichts. Ihm stieg der Reichtum zu Kopfe und er spielte den Lebemann.

Wenta, Eisner und Peschges waren bald mehr oder weniger gefändigt. Kühn leugnete zunächst alles, gibt aber jetzt auch zu, daß er an dem Diebstahl beteiligt war. Nur die Führertrolche bestreitet er noch. Er behauptet vielmehr, daß, als er auf eigene Faust habe helfen wollen, zu seiner Heberauschung gesehen habe, daß die anderen Posten und Wächter, schon an der Arbeit“ gewesen seien. Er hat dann auch eine Kiste mit 5 Millionen genommen, sie zunächst in einer Nische versteckt und fortgeschafft. Zum kleinsten Teil fehlten die rumänische Geld in der Nähe der Wächterposten um. Die Verhafteten wollen jetzt von der Wente nichts mehr wissen, außer einigen tausend Mark, die die Kriminalpolizei bei ihnen fand und beschlagnahmte. Das mag bei Peschges wohl auch zutreffen, der jedenfalls auf der Heberauschung und im Spiel große Summen verloren hat. Die anderen aber haben ohne Zweifel einen Teil der Beute auf die Seite gebracht.

# Der Wahlkampf.

## „Keine Hände“.

In einer Wahlrede, auf die im übrigen besonders einzugehen sich nicht lohnt, stellte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hugenberg fest, daß die Hände der Rechtsparteien in bezug auf den Kapp-Putsch „völlig rein“ seien. Sehr hübsch ist die Einschränkung, mit der er die Reinheit lediglich hinsichtlich des Kapp-Putches betont. Und sonst? — Uebrigens können die Deutschnationalen noch so viel reden. Je mehr sie ihre Unschuld beteuern, um so stärker tritt ihr Verbrechen an den Tag; dazu bedurfte es kaum der Huldigung, die ein paar Worte später der gleiche Herr Hugenberg dem Hochverräter Traub darbrachte. Man glaubt unseren Nationalisten weder ihre Redensart von den reinen Händen noch die Bezeichnung als deren, die sich seit Monaten bewußt hochverräterisch betätigen, als „reiner Loren“.

## Im Ameisenstaat.

In ihrem wütenden Kampf gegen alles Neue und Zukünftige steht den Deutschnationalen nicht nur die Tagespresse zur Verfügung, sondern auch eine große Reihe von Blättern und Zeitschriften, die nach ihrem Keuchern sich recht harmlos geben. Zu diesen gehört auch der im Scherl-Konzern (Generaldirektor Herr Ludwig Ritsch) erscheinende „Allgemeine Wegweiser“, der bei einem Wortgeizit beginnt und bei einem Rezept für billige Kartoffelkühle endet und so ziemlich alles behandelt, was die Frauenwelt der Spiecher interessiert. In der Nr. 20 vom 20. Mai ist nun ein Artikel enthalten, der betitelt ist: „Vollstaal im Tierreich“. Es heißt da u. a.:

„Im Ameisenstaat ist alles wohl geordnet, im Gegensatz zu manchem sozialen Staat (Werkle was, Leier?), indem alles drunter und drüber geht. Im Ameisenstaat ordnet sich alles unter das Ganze, da gibt es weder Streik, noch unerfüllbare Lohnforderungen. Alles unterzieht sich willig der Arbeit, damit im Betriebe nichts ins Stocken gerät. Unsere Gegenwart könnte sich dieses staatliche Getriebe des kleinen Insektenvolkes zum Muster nehmen. Da gibt es keine vom „Saor egoismus“ (heißiger Egoismus) besessenen Kreaturen, keine Kriegsgewinnler, Bucherer und Schieber, Verlöbte gegen die allgemeine Ordnung werden im Ameisenstaat nicht geduldet.“

Der Verfasser (oder die Verfasserin) hat ganz recht: Im Ameisenstaat ordnet sich alles unter das Ganze, es gibt dort keine raubgierigen Produzenten, die wenn der Staat und das Volk in Not sind, die zum Wohl des Ganzen angeordneten Maßnahmen sabotieren, um die freie Marktwirtschaft zu erzwingen, es gibt dort keine 15 000 Millionäre, die lediglich von ihren Zinsen leben, ohne auch nur einen Finger zu rühren und es gibt dort vor allem keine von einer Schwerindustrie ausgehaltene Presse, die alles tut, um dem Volke von neuem die Silbabenketten umzuhängen.

**Kommunistischer Militarismus.** Einen sonderbaren Vorfall beobachteten wir am Sonntag in Baumhulsenweg. Dort kam ein Zug von etwa tausend Männern aus der Königsheide. Sie trugen ein Schild mit der Aufschrift: R.A.P.D. Im Zuge gingen nur zwei weibliche Personen als Sanitäter. Das wäre an und für sich weiter nichts Auffälliges. Als der Zug auf der Brücke des Teltowkanals angelangt war, erlöste plötzlich das Kommando: „4. Abteilung, Gruppenkommande!“ Sofort formierte sich die besagte Abteilung in militärischer Weise. Sollten diese Herren etwa ihre militärischen Fertigkeiten abgefeilt haben, um mit Volkheim und Lauffenberg zusammen die Entente über den Rhein zu schlagen?

**Räumung von Dienst- und Kasernenwohnungen.** Dienst- und Kasernenwohnungen müssen im Falle einer Kündigung von den Inhabern selbst durch Beschaffung einer anderen Wohnung oder Notwohnung ersetzt werden. Der Reichshauptkammergericht hat deshalb jetzt bestimmt, den Wohnungsinhabern bei Ausspruch der Kündigung zu eröffnen, daß sie verpflichtet sind, sich ungehindert und vollständig um die Beschaffung von Ersatzwohnungen zu bemühen. Haben sie bis zum Ablauf der Kündigungsfrist kein anderes Unterkommen finden können, so muß eine Beschaffung des Wohnraumes am 1. des Monats verlangt werden, daß sie rechtzeitig und ausreichend, aber vornehmlich sich bemüht haben. Andernfalls erfolge die Räumungsklage. Bei den heutigen Verhältnissen soll oder ein gerichtliches Vorgehen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Reichsvermögensämter sollen deshalb den Wohnungsuchenden nach Möglichkeit durch Notwohnungen und Unterstützung bei den Wohnungssuchenden entgegenkommen.

**Schuldlosh.** Zur Linderung der Wohnungsnot wäre auch hier eine Wegung der Kleinwohnungen zu wünschen. Es scheint aber, daß für solche Zwecke kein Geld vorhanden ist. Wann wird das von der Gemeinde in Aussicht genommene Siedlungsprojekt zustande kommen? Der Grund und Boden dazu wurde längst erworben, doch Baukostenzuschüsse waren vom Staat bisher nicht zu erlangen. Dagegen werden immer wieder noble Villenbauten aufgeführt, z. B. jetzt in der Lindenstraße. Für solche Bauten scheint die Materialknappheit, über die soviel geklagt wird, kein Hindernis zu sein. Ob diesen bauenden Eigentümern sogar Baukostenzuschüsse bewilligt werden? ... Ein Fabrikant läßt auf dem Schindlerweg nahe der Bernsdorfer Brücke eine große Villa bauen, über deren Baukosten allerlei erzählt wird. Man spricht von 1 1/2 Millionen Mark, doch das ist wohl Uebertreibung. Warum ist dieser sehr viel Material erfordernde Luxusbau genehmigt worden?

**Keine Ein- und Zweipfennigstücke mehr.** Ein- und Zweipfennigstücke werden bis auf weiteres nicht mehr geprägt. Der Reichsminister der Finanzen hat dies in einer Verfügung an die übrigen Reichsbehörden für zurecht und erfolglos erklärt. Die Verteuerung aller Rohstoffe und die Steigerung der Arbeitslöhne, Veranschöpfung usw. macht die Herstellung dieser Münzen so teuer, daß sie ihren Nennwert weit übersteigt, selbst wenn man das geringwertigste Metall oder einen anderen Stoff verwenden würde. Dazu kommt die Sucht eines Teils der Bevölkerung, Reichsmünzen selbst mit geringem Metallwert zurückzubalten. Infolge der Preissteigerung hatten diese kleinen Münzsorten auch nicht mehr die Bedeutung wie früher.

**Die Lichterberger läßtliche Jugendbühne** hat den Hochlandsklim „Kimmerau und Helmeil“ erworben. Der Film wird am Donnerstag, 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr, auf der Lichterberger Bühne und gleichzeitig in der „Schauburg“ in Berlin als Erstaufführung gegeben werden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Morgen, 2. Juni:

- 12. Ubr, 7 Ubr bei Steine, Rittsche, 115: Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute und Bahnhöfer.
- Friedrichsfelde, 7 Ubr bei Oberland, Wilhelmstr. 88: Wichtige Besprechung, vollständiges Ergehen unbedingt erforderlich.
- Niederbicheneride, 8 Ubr: Außerordentliche Generalversammlung bei Reichel, Ordauer Str. 8.
- Teget, 7 1/2 Ubr in der Eghulana, Tresowstraße: Mitglieder-Versammlung. — Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Ubr, im Lokal Debus: Wesentliche Vollversammlung. Ref.: Genosse Rehrle.
- S. O. D., Aktionsausschuß der HGB-Verriebe. Nachmittags 5 1/2 Ubr: Versammlung sämtlicher Deleuten des Aktionsausschusses im Restaurant Ohlig, Stralunder Str. 11. Erfolgen wichtig.

## Kniebeuge werden sie machen!

### Wie ein „nationaler“ Mittmeister mit Beamten umgeht.

Am Sonntag morgen 8 Uhr 30 Min. wurde der Mittmeister a. D. Weidemann aus Charlottenburg von dem Schaffner des Zuges aus Richtung Charlottenburg auf dem Bahnsteig Galessee aus dem Schlafe geweckt und mit der Begründung, daß der Zug nicht weiterfähre, aufgefordert, diesen zu verlassen. Der Herr Mittmeister weigerte sich jedoch und blieb dabei, weiterfahren zu wollen. Nach mehrmaliger Aufforderung bequeme er sich endlich zum Aussteigen, sprang aber in den ansahrenden Zug wieder hinein. Man holte nunmehr den Fahrbediensteten, und als der hohe Herr nach dreimaliger Aufforderung den Zug endlich verlassen hatte, beleidigte er den Beamten mit folgenden Worten: „Sie frecher Mensch, Sie Lump, Sie Lauselämmler, Sie werden noch Kniebeuge vor mir machen und kramm stehen. Warten Sie bloß nur noch ein paar Tage; Wasser werden Sie saufen nach dem 6. Juni!“ Ferner drohte der Herr Mittmeister, die Beamten zu erschrecken und zu erschlagen.

Ugterdessen hatten sich etwa 100 Personen angesammelt, die den frechen Burchen aus dem Dienstraum herausholten und milderlich verläuten. Diese „rauhe Justiz“, so begründlich sie auch ist, ist nicht die richtige Antwort, die man einem deutschnationalen Provokateur auf seine niederträchtigen Beamtenbeleidigungen und seine wohl den Stappenerinnerungen entnommenen Schimpfwörter erteilt. Die richtige Antwort gibt man solchen Leuten vielmehr am 6. Juni durch Abgabe eines Stimmzettels, durch den ein Reichstag geschaffen wird, der dem „gemeinen Volk“ weder das Kniebeugen noch das Wasserlaufen vorschreibt!

## Deutschnationale Erziehungsmethoden.

Die Deutschnationalen halten ihre Anhänger kramm an der Strippe, das beweist ein Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei, Kreisgruppe Kuppin. Unter den fünf Richtlinien für die deutschnationalen Vertrauensmänner, die dort angegeben sind, sind besonders hübsch die zweite und dritte, die wir unseren Lesern zur Kennzeichnung der nationalistischen Versammlungstaktik nicht vorenthalten möchten. Sie lauten:

1. Die deutschnationalen Vertrauensmänner müssen den Parteimitgliedern einhämmern, daß sie nicht kramm dastehen, sondern unseren Rednern oft und lebhaft Beifall spenden, „Sehr richtig“ und „Bravo“ rufen, Handklatschen usw.;
2. die Parteimitglieder dazu erziehen, daß sie bei Rednern gegnerischer Parteien dauernd Zwischenrufe machen; ...

Diese Methode läuft letzten Endes darauf hinaus, die Menschen nicht zu politisch denkenden Wesen, sondern zu immerwährend flappernden Papageien zu erziehen. Ramentlich die Ermahnung, die gegnerischen Redner dauernd durch Zwischenrufe zu stören, wirft ein aufklärendes Licht auf die zahllosen Ständeborgänge in der letzten Zeit, die sich durch das päbelhafte Verhalten der Nationalisten ereignet haben. Jedoch sind, wie dieser Aufruf beweist, hierfür nicht so sehr die einzelnen Schreier verantwortlich zu machen als vielmehr die hinter ihnen stehende Deutschnationale „Volkspartei“, die sich nach dieser Probe besser als Deutschnationale Kabaupartei bezeichnen sollte.

## Die Familientragödie in Birkenwerder.

Der Leichenfund im staatlischen Forst bei Birkenwerder beginnt jetzt in seinen furchtbaren Zusammenhängen langsam sein Geheimnis zu enthüllen. Die Persönlichkeiten der Frau, der beiden Kinder konnten festgestellt werden.

Gestern abend meldete sich bei der Birkenwerder Polizeibehörde der Schuhmacher Bruno Reimer, ein früherer Artill. aus Reindorf, Graf-Adlers-Allee 80, mit der Angabe, er vermisse seine Ehefrau und seine beiden Kinder. Reimer wurde darauf zu den in der Leichenhalle aufgebahrten Körpern der Getöteten geführt, die er als die Leichen seiner Ehefrau Anna Reimer und seiner Kinder, der 13jährigen Erna und des siebenjährigen Bruno reagnostizierte. Reimer wurde sofort einem eingehenden Verhör unterworfen. Er bestritt jegliche Teilnahme an der Tat; er sei am Sonntagabend um 8 Uhr von der Arbeit gekommen und habe seine Frau und seine Kinder rechtzeitig gefunden. Seine Frau habe ihm erklärt, sie wolle mit einer Freundin einen Ausflug nach Birkenwerder machen. Das Ehepaar habe sich dann noch eine Stunde unterhalten und dann habe die Frau mit den Kindern unter Mitnahme eines Stullenpaketes und eines Wadentuches die Wohnung verlassen. Reimer will dann die Nacht zum Sonntag in der Wohnung verbracht haben, am Sonntag vormittag seinen Schwager in Reindorf besucht haben und am Nachmittag nach Treptow gefahren sein. Auch die Nacht vom Sonntag zum Montag hat er nach seiner Aussage zu Hause geschlafen; am Montag früh habe er angenommen, seine Frau habe sich gleich zu ihrer Arbeitsstelle, der Reindorfer Webstoffabrik, begeben. Als ihm jedoch in der Fabrik mitgeteilt worden sei, seine Frau wäre nicht zur Arbeit erschienen, habe er sofort bei der Reindorfer Polizei die Vermisshanzeige gemacht. Den Aussagen einiger Augen, daß Reimer mit seiner Frau in Infriden gelebt habe, widerspricht der Mann. Die Ehe sei bis auf gelegentliche Streitereien nicht unglücklich gewesen. Da verschiedene Widersprüche noch nicht ganz aufgeklärt werden konnten, wurde Reimer einstweilen in Haft genommen und dem Amtsgericht Oranienburg zugeführt. Eine sofort vorgenommene Untersuchung der Reimerschen Wohnung förderte nichts Belastendes zutage, es wurde Reimerscher Schußwaffe ausgefunden. Durch einmündige Zeugenangaben wurde andererseits festgestellt, daß Frau Reimer tatsächlich vor etwa 10 Tagen Selbstmordabsichten geäußert und unter anderem auch erklärt haben soll: „Da wo ich bleibe, müssen auch meine Kinder bleiben.“

Der Aufklärung bedarf noch ein Leichenfund, der gestern an der Richtensteinstraße gemacht wurde. Zwei Soldaten der Reichswehr landeten dort um 8 1/2 Uhr früh aus dem Landwehrkanal die Leiche eines unbekanntes Mannes, der die Augen verbunden hatte und um das rechte Bein oberhalb des Knochengelenks eine schwere Eisenkette trug. Sonstige Spuren äußerer Gewalt waren an der Leiche nicht sichtbar. Die Persönlichkeit des Toten, der keinerlei Ausweisepapiere bei sich hatte, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es handelt sich um einen etwa 30 Jahre alten Mann, der 1,70 Meter groß ist, dunkles Haar hat und mit einem braunfarbten Jodentanzug, einer schwarzen Würtelweste, einem weißen Hemd, schwarzen Strümpfen und schwarzen Halbhoschen bekleidet war. Sein Taschentuch ist H gezeichnet. Die Leiche hat schon längere Zeit im Wasser gelegen. — Die Leiche eines zweiten unbekanntes Mannes wurde an der Ruffenstraße gefunden. Der Tote ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,82 Meter groß, hat rötlich blondes Haar, einen ebenfalls gezeichneten Schurz und trug einen modischen Jodentanzug. Beide Leichen befinden sich im Schouhouse.

